

KREISVERWALTUNG KAISERSLAUTERN

Fachbereich 3.1
3.1/sp/5470
0975/2017



17.11.2017

Beschlussvorlage

Beratungsfolge	Termin	Status
ÖPNV-Ausschuss	30.11.2017	öffentlich

Beratung über den Haushaltsentwurf ÖPNV/Schülerbeförderung 2018

Sachverhalt:

Es wird auf die in der Anlage beigefügte Aufstellung zum Budget 0704 verwiesen. Nachfolgend aufgeführt sind Erläuterungen zu den Ansätzen, die sich gegenüber dem Jahr 2017 verändert haben.

Erträge

24101-414422 - Zuweisung Schülerbeförderung

Gemäß den Orientierungsdaten vom Statistischen Landesamt steigt die Landeszuweisung zum Ausgleich von Beförderungskosten auf 4.560.000 Euro. Die Berechnung der Zuweisung basiert auf den Ein- und Auszahlungen der Finanzrechnung im Bereich ÖPNV/Schülerbeförderung aus dem Jahr 2016.

Aufwendungen

24101-524111 - Erstattung Fahrkosten

Aufgrund des Rechnungsergebnisses aus dem Jahr 2016 (rd. 123.300 Euro) wird der Ansatz um 15.000 Euro auf 125.000 Euro erhöht.

24101-524120 - Freigestellter Schülerverkehr

Der Ansatz wird um 50.000 Euro auf 1.000.000 Euro erhöht. Neben dem größten Kostenfaktor Beförderung REHA Westpfalz umfasst der Ansatz Fahrten im Bereich der Förderschulen/Schwerpunktschulen. Diese Beförderungen wurden nach Rücksprache zwischen den Geschäftsbereichsleitungen I+II vom Schulwegkostenträger übernommen. Die Anzahl der Beförderungen hat auch im Schuljahr 2017/2018 erneut zugenommen.

24102-524120 – Busbegleiter Kindergartenbeförderung

Der Ansatz wird um 85.000 Euro auf 400.000 Euro erhöht. Die beauftragte Firma hat mitgeteilt, dass der geschlossene Vertrag nicht auskömmlich sei. Die Mehrkosten werden auf 125.000 Euro pro Jahr beziffert. Die bisher vorgebrachten Begründungen des Unternehmens sind aus Sicht der Kreisverwaltung nicht ausreichend. Zunächst wird am bestehenden Ver-

trag festgehalten. Eine Kündigung der Firma ist bisher nicht erfolgt. Der Ausgang dieser Angelegenheit ist zum aktuellen Zeitpunkt völlig offen. Es wurde daher ein Teil der Mehrkosten in den Haushalt eingestellt. Bei Nichteinigung und etwaiger Beendigung des Vertragswerks könnten die Mittel zudem für einen freigestellten Kindergartenverkehr mit Kleinfahrzeugen (hier dann ohne Aufsichtsperson) eingesetzt werden.

54701-563930 - Projektkosten

Aufgrund der Jahresrechnung 2016 (rd. 159.000 Euro) kommt es zur Reduzierung des Ansatzes von 190.000 Euro auf 170.000 Euro.

Beschlussvorschlag:

Der ÖPNV-Ausschuss empfiehlt dem Kreistag, die Ansätze für das Jahr 2018 wie vorgeschlagen in den Haushalt zu übernehmen.

Im Auftrag:

Philipp

Anlage/n:

17 11 07 Anlage TOP 1 Haushalt
Produkt 2410_07.11.2017
Produkt 5470_07.11.2017